

Felix Rauscher

Rechtliche Bewertung rechtsextremistischer Versammlungen

LIT

RECHTLICHE BEWERTUNG

RECHTSEXTREMISTISCHER VERSAMMLUNGEN

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	5
Literaturverzeichnis	306
Erstes Kapitel: Einleitung	11
A. Die Ziele der Dissertation	13
B. Der Verlauf der Dissertation	14
C. Ausgewählte Rechtsfragen von besonderer Bedeutung	18
I. Thesen	18
II. <i>Mohammed</i> -Karikaturen	18
III. § 130 Abs. 4 StGB	19
IV. Die Durchführung einer ordnungsgemäßen Gefahrenprognose	20
Zweites Kapitel: Die Versammlungsfreiheit als konstituierendes Element eines demokratischen Gemeinwesens	21
A. Die Dimensionen einer Versammlung	22
B. Der demokratische Prozess unter dem Einfluss des Einzelnen	25
C. Die Wirkkraft der politischen Demonstration: Von der französischen Revolution bis zum arabischen Frühling	32
D. Schlussfolgerungen	37
Drittes Kapitel: Rechtlicher Zugriff auf menschliche Gesinnung	38
A. Das staatliche Neutralitätsgebot	42
B. Rechtsextremismus	43
I. Rechtsextremistischer Meinungsinhalt	43

II. Rechtsextremistische Organisationen	46
C. Terminologische Festlegung	49
Viertes Kapitel: Das positive Versammlungsrecht	49
A. Die Versammlungsfreiheit gemäß dem Recht der Europäischen Union	50
B. Die Versammlungsfreiheit gemäß Art. 8 GG	52
I. Abwehr- und Schutzfunktion der Versammlungsfreiheit	53
II. Sachlicher Schutzbereich	56
1. Friedlich	58
2. Ohne Waffen	60
3. Schutzzumfang	61
III. Der Schrankenvorbehalt des Abs. 2	62
1. Einschränkungen von Versammlungen unter freiem Himmel	63
a) Das Straßen- und Wegerecht sowie das Straßenverkehrsrecht als Schranken der Versammlungsfreiheit	64
b) Das allgemeine Polizei- und Sicherheitsrecht als Schranke der Versammlungsfreiheit	66
2. Einschränkungen von Versammlungen in geschlossenen Räumen	69
IV. Zusammenfassung	70
C. Die Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 Abs. 1 S. 1 Alt. 1, Abs. 2 GG	72
I. Sachlicher Schutzbereich	73
1. Grundrechtskonkurrenz zu Art. 5 Abs. 3 GG am Beispiel des Zeigens einer <i>Mohammed</i> -Karikatur	79
2. Grundrechtskonkurrenz zu Art. 8 GG	87
II. Der Schrankenvorbehalt des Abs. 2	88
1. Einschränkungen der Meinungsfreiheit durch allgemeine Gesetze	89
a) Verwaltungsrechtliche Vorschriften als allgemeine Gesetze am Beispiel des § 15 Abs. 1 Alt. 2 VersammlG	90
b) Ausgewählte strafrechtliche Vorschriften als allgemeine Gesetze	92

2. Einschränkungen der Meinungsfreiheit durch nichtallgemeine Gesetze	98
3. Kritik am Institut des ausnahmsweise zulässigen Sonderrechts	100
a) Die innere und äußere Widersprüchlichkeit der Entscheidung	100
b) Das Dambruchargument	102
c) Methodologische Kritik	104
III. Zusammenfassung	110
D. Die Versammlungsfreiheit gemäß dem Gesetz über Versammlungen und Aufzüge	112
I. Der versammlungsgesetzliche Versammlungsbegriff	114
II. Beschränkungen von Versammlungen in geschlossenen Räumen	115
III. Beschränkungen von Versammlungen unter freiem Himmel	117
1. Die Anmeldepflicht des § 14 VersammlG	117
a) Ausnahmen von der Anmeldepflicht	118
b) Rechtsfolgen bei einem Verstoß gegen die Anmeldepflicht	119
c) Konkurrierende Anmeldungen	120
d) Das Kooperationsgebot	120
2. Versammlungsverbot und Beschränkungen durch Auflagenerteilung	123
a) Das Schutzgut „öffentliche Sicherheit“ (§ 15 Abs. 1 VersammlG)	124
aa) Keine per se Lösungen	126
bb) Ausgewählte strafrechtliche Bestimmungen	130
b) Das Schutzgut „öffentliche Ordnung“ (§ 15 Abs. 1 VersammlG)	158
aa) Überkommene Kritik	159
bb) Das Schutzgut „öffentliche Ordnung“ in § 15 Abs. 1 VersammlG in der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	163
cc) Andere Auffassungen, Kritik, Gegenargumentation	165

c) Das Tatbestandsmerkmal „nach den erkennbaren Umständen unmittelbar gefährdet“ (§ 15 Abs. 1 VersammlG)	170
d) § 15 Abs. 2 VersammlG	173
aa) Das Verhältnis von § 15 Abs. 2 zu Abs. 1 VersammlG	174
bb) Die Voraussetzungen des § 15 Abs. 2 VersammlG im Einzelnen	175
e) Rechtsfolgen aus Art. 15 Abs. 1 und Abs. 2 VersammlG	179
3. Die Versammlungsauflösung	182
IV. Zusammenfassung	183
E. Die Versammlungsfreiheit gemäß der Versammlungsgesetze der Länder	187
I. Das Bayerische Versammlungsgesetz	189
II. Das Versammlungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt	192
III. Das Sächsische Versammlungsgesetz	193
IV. Das Niedersächsische Versammlungsgesetz	194
V. Das Versammlungsgesetz des Landes Schleswig-Holstein	196
VI. Die versammlungsrechtlichen Regelungen des Landes Brandenburg	197

Fünftes Kapitel: Empirische Studie über die Rechtmäßigkeit behördlicher Versammlungsverbote	198
A. Zustandsbeschreibung	202
B. Die Struktur der Studie	202
C. Der Beweis des Zustands	203
I. Die Methode	203
1. Erkenntnisquellen	204
a) Rechtsprechungsdatenbanken	204
b) Juristische Fachzeitschriften	205
c) Schriftliches Auskunftersuchen an die Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	205
2. Einschlägige Versammlungen	208
3. Spezifische Eckdaten	208
4. Auszug aus dem Gesamtbefund	209
5. Zum Umfang der Befunderhebung	212

II. Systematische Darstellung des Befundes	213
III. Deskription des Befundes	241
D. Die Folgen des Zustands	242
I. Individualrechtsverletzungen	243
II. Verletzungen des Rechtsstaatsprinzips	243
III. Einige rechtspolitische Überlegungen	245
1. Die Erfolglosigkeit der behördlichen Verfügungen	246
2. Die behördlichen Verfügungen als Wirkverstärker der rechtsextremistischen Agitation	246
3. Hoheitliches Handeln darf kein Ersatz für den gesellschaftlichen Meinungsdiskurs sein	247
4. Das Recht darf nicht zur Durchsetzung politischer Eigeninteressen benutzt werden	247
E. Die Ursachen des Zustands	249
I. Die politischen Ursachen des Zustands	249
1. Zuständige Behörden	250
2. Die positive Wahrnehmung in der Öffentlichkeit	252
II. Die rechtlichen Ursachen des Zustands	257
1. Die fehlerhafte Anwendung des Tatbestandmerkmals „öffentliche Ordnung“	259
2. Die fehlerhafte Gefahrenprognose	260
a) Der Hinweis auf die Verfassungsfeindlichkeit	260
b) Der Hinweis auf zurückliegende Ereignisse	261
c) Der Hinweis auf strafbaren Meinungsinhalt im Internet	262
3. Die fehlerhafte Ermessensbetätigung	263
a) Störerauswahl	263
b) Auflagen als mildere Mittel	263
4. Zwischenergebnis	265
F. Lösungsversuche	265
I. Befriedung des Zustands durch gegenseitiges Nachgeben	266
1. Nachgeben durch die Verwaltung	267
2. Nachgeben durch die Gerichte	268
3. Fazit	273
II. Veränderungen bei den Zuständigkeiten	273
1. Theoretische Erklärung	274
2. Statistischer Befund	276

3. Die Vereinbarkeit des Lösungsvorschlags mit Art. 28 Abs. 2 GG	278
G. Erkenntnisse der empirischen Befunderhebung außerhalb der Zustandsanalyse	280
I. Gibt es örtliche Divergenzen beim behördlichen Umgang mit rechtsextremistischen Versammlungen?	280
II. Weichen auch die Fachgerichte auffällig häufig von der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ab?	283
1. Versammlungsverbote im verwaltungs- und verfassungsgerichtlichen Verfahren	283
2. Die Erfolgsquote verfassungsgerichtlicher Rechtsbehelfe	285
3. Würdigung des empirischen Befunds	287
4. Die Kontroverse zwischen dem OVG Münster und dem Bundesverfassungsgericht	290
III. Die Auswirkungen des „Gesetzes zur Änderung des Versammlungsgesetzes und des Strafgesetzbuches“ auf das Versammlungsrecht in der Praxis	294
H. Zusammenfassung	296
Sechstes Kapitel: Schluss	300